Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Keine zusätzliche Belastung für bayerische und deutsche Steuerzahler durch den Brexit!

1. Der Landtag stellt fest, dass der bisherige Beitrag der bayerischen und deutschen Steuerzahler zur Finanzierung der Europäischen Union ausreichend sein muss. Eine Erhöhung infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU im Rahmen der Verhandlungen über den neuen Finanzrahmen von 2021 bis 2027 wird abgelehnt.

2. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, dass Beitragsausfälle durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU durch folgende Maßnahmen kompensiert werden, um eine Mehrbelastung für die bayerischen und deutschen Steuerzahler zu umgehen:

a. Haushaltseinsparungen und die Konzentration auf europapolitische Schwerpunkte,

b. Beitragszahlungen des Vereinigten Königreichs im Gegenzug für einen künftigen Zugang zum europäischen Binnenmarkt.

Begründung:

Der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union darf zu keiner zusätzlichen Belastung für die bayerischen und deutschen Steuerzahler führen. Kürzlich kündigte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger jedoch höhere Beiträge für die verbleibenden 27 EU-Mitgliedstaaten an. Dabei soll nach seiner Vorstellung nur ein Teil der entstehenden Beitragslücke von über 11,5 Milliarden Euro durch Einsparungen erreicht werden. Den restlichen Betrag werden seiner Vorstellung nach die verbliebenen Mitgliedstaaten aufbringen müssen. Der Nettozahler Deutschland wird dabei nach Berechnungen der Bertelsmann Stiftung den größten Anteil von wohl bis zu 2,5 Milliarden Euro pro Jahr schultern müssen. Das ist ein völlig falsches Signal der EU-Kommission, dem die Staatsregierung auf Bundes- und Europaebene entgegenwirken muss. Es gilt, eine Merhbelastung der bayerischen und deutschen Steuerzahler durch höhere Beitragszahlungen zu verhinden. Die Gelegenheit gilt es vielmehr für Einsparungen und eine grundlegende Reform des EU-Haushalts zu nutzen und sich dabei auf Schwerpunkte mit echtem europäischen Mehrwert zu verständigen. Ferner muss im Rahmen der Brexit-Verhandlungen darauf hingewirkt werden, dass das Vereinigte Königreich angemessene Beitragszahlungen leistet, wenn es weiterhin einen Zugang zum Binnenmarkt begehrt. Wenn beispielsweise das “norwegische Modell” im Rahmen der EWR-Beitragszahlungen herangezogen werden würde, könnte bereits ein Großteil der ausfallenden Beitragszahlungen durch das Vereinigte Königreich selbst wieder ausgeglichen werden.